

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 85 (2014)
Heft: 1: Spätfolgen : wenn das Schicksal sich immer wieder meldet

Rubrik: Lohrs Legislatur : "Auch in der nationalen Politik dürfen Zahlen nie wichtiger sein als Menschen"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Auch in der nationalen Politik dürfen Zahlen nie wichtiger sein als Menschen»

Traditionell stand die Wintersession 2013 in Bundesbern im Zeichen der Verabschiedung des Budgets für das kommende Jahr. Wie darf man sich nun das Vorgehen bei einem solchen Haupttraktandum vorstellen, das beide Räte im Gleichschritt durchziehen müssen? Bereits in den vorbereitenden Kommissionen wurde deutlich, dass es hauptsächlich um Partialinteressen ging, die Gesprächsbedarf auslösten. Letztlich war es auch diesmal eine Demonstration der Kräfte gegenüber dem Bundesrat, bei dem man zu wenig Sparwillen erkannt zu haben glaubte. Selbstverständlich ist dies eine reine Interpretationssache, wenn man an die seriöse Arbeitsweise der Regierung denkt.

Der Antrag irritierte mich ziemlich, das Streichorchester ohne vernünftige Vorankündigung beim Personalaufwand spielen zu lassen. Mir fehlte hierzu jegliches Konzept, das nachvollziehbar gewesen wäre. Ich stehe dazu, dass auch in der nationalen Politik Zahlen nie wichtiger sein dürfen als Menschen. Dies heisst nun aber nicht, unachtsam einem Budgetanstieg zuzuschauen. Was ich jedoch erwarte, sind Überlegungen über die Wirkungen der beschlossenen Massnahmen. Und da merkt man dann bei spontanen Subventionsnachbesserungen in anderen Segmenten schnell einmal, wie wenig konsequent es zu und her geht.

Alle beanspruchen Fairness

Erwartungsgemäss löste die Diskussion um die sogenannte Mindestlohn-Initiative heftige Debatten im Nationalrat aus. Die Behandlung dieses wichtigen Geschäftes beanspruchte viel, ja sehr viel Zeit, standen doch mehr als 70 Ratsmitglieder auf der Rednerliste. Dies hatte zur Folge, dass der

geplante Rahmen bei Weitem gesprengt und andere Themen abgesetzt und auf den Frühling verschoben wurden. Ob dies wirklich in dieser Form notwendig gewesen ist, möchte ich dahinstellen.

Bemerkenswerterweise betonten alle Votanten, wie wichtig für unsere Wirtschaft und Gesellschaft gerechte Löhne sind. Auch wenn diese Aussagen natürlich aus unterschiedlichen politischen Richtungen und Grundhaltungen kamen, empfand ich diese Bekenntnisse alle als ehrlich. Fairness gegenüber den Mitarbeitenden ist ein wichtiges Gebot für ein gutes, gesundes Arbeitsklima in einem Betrieb. Deshalb kann es nur im ureigenen Interesse sein, vernünftige Systeme von Lohnabstufungen in einer Firma umzusetzen. So weit, so gut, darin herrscht Einigkeit.

Ob nun aber der Staat eingreifen soll, wenn es um eine Untergrenze geht, darüber stritten sich vorerst einmal die Bundesparlamentarier. Persönlich kann ich mit einem Diktat auch in diesem Bereich nichts anfangen, da solche Eingriffe

«Der Antrag irritierte mich ziemlich, das Streichorchester beim Personalaufwand spielen zu lassen.»



«Der Nationalrat spielte den Ball an die Verwaltung zurück, die er für die mangelhafte Ausübung ihrer Pflichten rügte.»

Christian Lohr,
Nationalrat, CVP

zu Fehlentwicklungen führen, die nicht gewollt sind. Es wird deutlich, dass alle Fairness für sich beanspruchen.

Dennoch frage ich mich, ob es längerfristig tragbar sein kann, wenn Arbeitskräfte mit ihrem Grundeinkommen nicht auskommen. Alles läuft hier nicht gut, darüber müssen wir uns im Klaren sein. Die deutliche Ablehnung in der grossen Kammer heisst nicht zwingend, dass sie das Schweizer

Volk an der Urne bestätigen wird. Die Stimmbürgerinnen und -bürger – das haben vergangene Abstimmungen gezeigt – beweisen sehr wohl ein starkes Sensorium für Gerechtigkeit.

Die Frage der Glaubwürdigkeit

Im Gesundheitsbereich beschäftigten sich sowohl der National- als auch der Ständerat mit den Krankenkassen. Unsere Kollegin-

nen und Kollegen aus dem «Stöckli» zeigten sich wenig begeistert von der Volksinitiative, welche die Einführung einer Einheitskasse möchte. Unser Gremium schickte eine Vorlage für ein neues Aufsichtsgesetz an den Bundesrat zurück, obwohl niemand die Notwendigkeit von mehr Transparenz bei der Prämiengestaltung und einen besseren Schutz der Versicherten bestritt. Der Nationalrat spielte den Ball an die Verwaltung zurück, die er für die bisher mangelhafte Ausübung ihrer Pflichtaufgabe rügte.

Bei der ganzen Auseinandersetzung um die Gesundheitsversorgung gerät für mich die Glaubwürdigkeit umso mehr infrage, je mehr Trompetengetöse angesichts der sehr unterschiedlichen Grundhaltungen ausgestossen werden. Das, was positiv ist, stärken und fortsetzen. Und dort, wo echt Handlungsbedarf besteht, entschlossen Änderungen vornehmen. So «einfach» könnten wir alles angehen, wenn die Sache nicht so komplex und schwierig kontrollierbar wäre. ●